Übergänge mit System

Fünf Forderungen für die Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf

BertelsmannStiftung

Inhalt

Vorwort 04

Die Forderungen von »Übergänge mit System« auf einen Blick 07

Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung: Mythen und Realitäten 08

Was ist zu tun? 11

- Berufsorientierung verbindlich einführen 12
- Übergänge begleiten 14
- Duales System stärken 16
- Betriebsnahe Ausbildungsmöglichkeiten schaffen 18
- Ausbildungsvorbereitung individualisieren 20

Sind die Reformen finanzierbar? 22

Fazit 23

Die Initiative »Übergänge mit System« 24

Summary 26

Vorwort

Dr. Jörg Dräger,
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung

Clemens Wieland,
Projektleiter »Übergänge
mit System«,
Bertelsmann Stiftung

Die duale Berufsausbildung gilt international als Erfolgsmodell. Sie ermöglicht jungen Menschen gute Erwerbs- und Teilhabechancen in der Gesellschaft und verhindert eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, mit der andere Länder in Europa derzeit zu kämpfen haben. Aber längst nicht alle jungen Menschen erhalten in Deutschland die Chance, eine Berufsausbildung aufzunehmen. Noch im Jahr 2008 scheiterten circa 400.000 junge Menschen in ihren Bemühungen, nach der Schule einen Ausbildungsplatz zu finden. Stattdessen traten sie in eine der Maßnahmen des Übergangsbereichs ein, die nicht zu einem beruflichen Abschluss führen und für die sich aufgrund der großen Zahl und Unübersichtlichkeit der Begriff »Maßnahmendschungel« durchgesetzt hatte. Vor diesem Hintergrund rief die Bertelsmann Stiftung im Jahr 2009 zusammen mit neun Ministerien aus fünf Bundesländern die Initiative »Übergänge mit System« ins Leben, um den Übergangsbereich transparenter zu gestalten und mehr Jugendlichen die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu gewähren.

Mittlerweile ist der Kreis der Beteiligten auf 16 Ministerien aus neun Bundesländern sowie die Bundesagentur für Arbeit angewachsen, und die Initiative kann einige Erfolge verzeichnen: Im Frühjahr 2011 veröffentlichten die Beteiligten gemeinsam ein detailliertes Rahmenkonzept für die Reform des Übergangsbereichs. Dieses Rahmenkonzept hat sowohl in der fachlichen als auch in der politischen Diskussion Referenzcharakter erlangt, und die darin formulierten Forderungen finden sich in zahlreichen politischen Verlautbarungen wieder. Aber nicht nur konzeptionell, sondern auch in der Umsetzung zeigt die Initiative Wirkung: Reformen des Übergangsbereichs wie beispielsweise in Hamburg oder Nordrhein-Westfalen belegen, dass die im Rahmenkonzept formulierten Forderungen sowohl machbar als auch zukunftsweisend sind.

Heute, nach dreieinhalb Jahren engagierter und konstruktiver Zusammenarbeit, möchten wir die zentralen Botschaften und Lernerfahrungen der Initiative einem größeren Publikum vorstellen. Diesem Zweck dient die vorliegende Broschüre. Sie soll in kompakter Form aufzeigen, welches die Kernelemente der geforderten Reformen sind.

Der Blick auf die Erfolge der Initiative darf aber nicht ablenken von den verbleibenden Herausforderungen: Die Zahl der jungen Menschen im Übergangsbereich hat sich zwar – auch dank der guten konjunkturellen Entwicklung – in den letzten Jahren um ein Viertel reduziert. Dennoch befinden sich noch immer 300.000 junge Menschen in Maßnahmen des Übergangsbereichs. Hält man sich zudem vor Augen, dass rund 150.000 junge Menschen eines Jahrgangs dauerhaft ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben – eine Zahl, die sich in den letzten Jahren kaum reduziert hat –, dann wird deutlich, dass es keinen Grund gibt, bei dem Erreichten stehen zu bleiben.

Die Umsetzung der in dieser Broschüre formulierten Empfehlungen für die Reform des Übergangsbereichs ist ein erster Schritt auf diesem Weg. Darüber hinaus müssen aber auch die Strukturen der Berufsausbildung selbst in den Blick genommen werden. Denn obwohl auf der einen Seite eine hohe Zahl von jungen Menschen keinen Ausbildungsplatz findet, benötigt die Wirtschaft auf der anderen Seite dringend Fachkräfte. Dies zeigt: Nicht nur aus Gründen der Chancengerechtigkeit, sondern auch zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung in Deutschland sind dringend Reformen gefordert, um neue Potenziale für die Ausbildung zu erschließen. Dies wird nur dann möglich, wenn das Ausbildungssystem flexibler wird und in der Lage ist, sich besser als heute an die Ausgangsbedingungen der jungen Menschen anzupassen.

Die Erfahrungen mit der Initiative »Übergänge mit System« zeigen: Reformen im Bereich von Übergang und Ausbildung sind ein evolutionärer, kein revolutionärer Prozess. Um nachhaltige Lösungen zu entwickeln, wie es die Initiative »Übergänge mit System« geschafft hat, ist nicht politischer Aktionismus, sondern ein langer Atem gefragt. Dieser sei allen Beteiligten für die anstehenden Reformen zu wünschen!

Dr. Jörg Dräger
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung

Clemens Wieland
Projektleiter »Übergänge mit System«,
Bertelsmann Stiftung

Die Forderungen von »Übergänge mit System« auf einen Blick

Wir müssen jedem jungen Menschen die Chance geben, eine Berufsausbildung aufzunehmen.
Um dieses Ziel zu erreichen, sind aus Sicht der Initiative »Übergänge mit System« folgende Schritte nötig:

Berufsorientierung verbindlich einführen:

Eine gute Berufs- und Studienorientierung ist der Grundstein für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf. Sie sollte deshalb bereits ab der 7. Klasse verbindlich an allen allgemeinbildenden Schulen angeboten und bis zur Aufnahme einer weiterführenden Ausbildung fortgeführt werden. Berufsorientierung schließt Potenzialanalysen zur Diagnose und zur Planung individueller Förderung ein.

Übergänge begleiten:

Jedem gefährdeten Jugendlichen sollte ein Übergangsbegleiter zur Seite stehen, der ihn über die Schnittstellen hinweg von der Schule bis in die Ausbildung hinein unterstützt. Darüber hinaus sollte für die Jugendlichen auf regionaler oder kommunaler Ebene eine gemeinsame Anlaufstelle aller Institutionen eingerichtet werden, die am Übergang beteiligt sind.

Duales System stärken:

Die Zahl der Ausbildungsstellen muss erhöht und die Ausbildungsgänge müssen weiter flexibilisiert werden. Auch Menschen mit Förderbedarf oder schwachen Schulleistungen können durch entsprechende Unterstützung eine Ausbildung aufnehmen und erfolgreich abschließen. Die Unterstützungsmöglichkeiten dafür müssen ausgebaut werden – sowohl für die jungen Menschen selbst als auch für Ausbilder und Betriebe.

Betriebsnahe Ausbildungsmöglichkeiten schaffen:

Für junge Menschen ohne Ausbildungsplatz einschließlich derer mit punktuellem Förderbedarf sollten öffentlich geförderte, betriebsnahe Ausbildungsplätze (vollzeitschulisch oder außerbetrieblich) in öffentlicher Verantwortung zur Verfügung stehen. Die Ausbildungsmöglichkeiten sollten dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechen und dürfen betriebliche Ausbildungsplätze nicht verdrängen.

Ausbildungsvorbereitung individualisieren:

Junge Menschen mit hohem Förderbedarf sollen mithilfe individualisierter Maßnahmen auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Die Zahl dieser »Übergangsmaßnahmen« sollte im Vergleich zu heute deutlich reduziert werden. Allen, die eine Ausbildungsvorbereitung erfolgreich abschließen, wird eine abschlussorientierte Berufsausbildung zugesichert – entweder in dualer Form oder in Form öffentlich geförderter, betriebsnaher Alternativen.

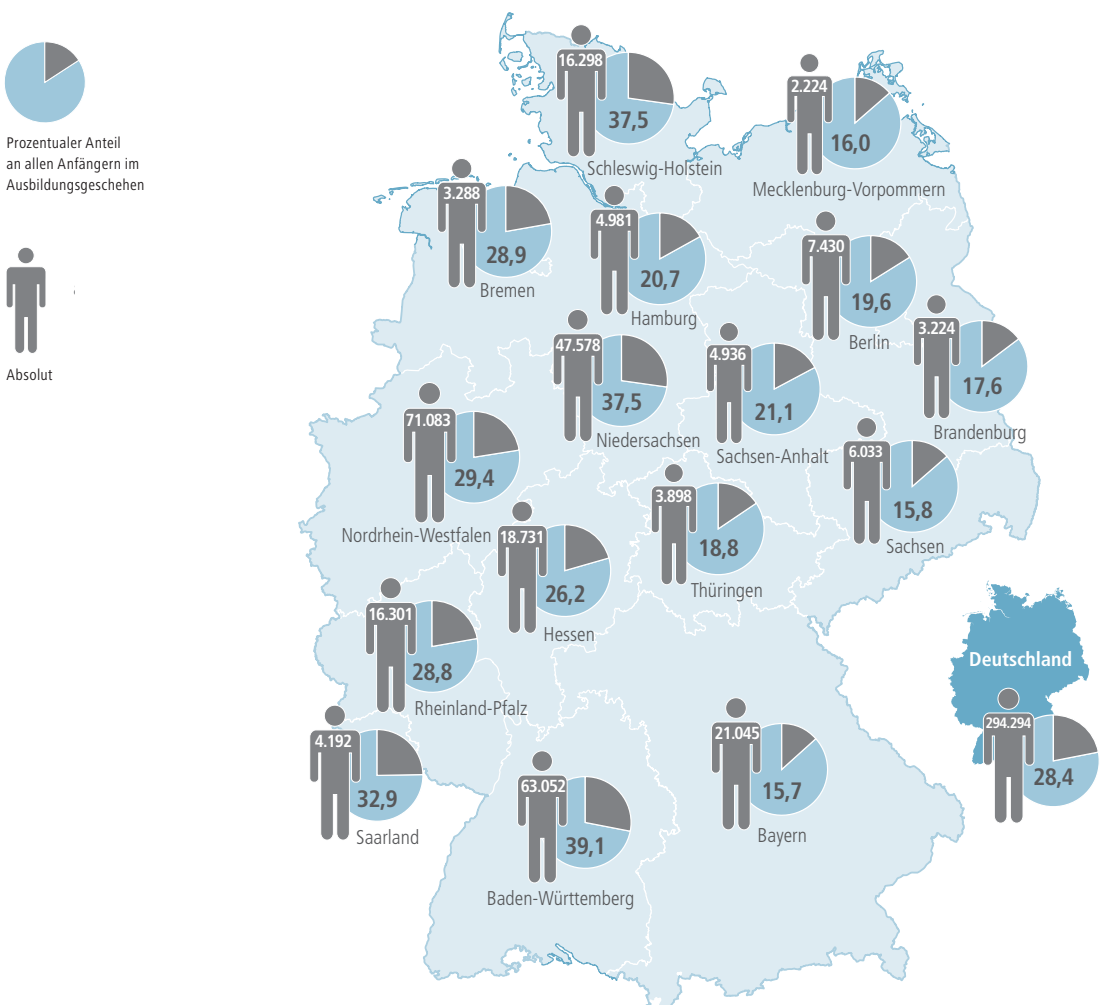
Übergreifend gilt:
Der Jugendliche steht im Mittelpunkt, nicht das System.
Handlungsleitend sollte daher sein, die Ausbildungsmöglichkeiten so flexibel zu gestalten, dass sie den unterschiedlichen Ausgangslagen der Jugendlichen gerecht werden.

Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung: Mythen und Realitäten

Den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung zu meistern, ist keine leichte Aufgabe. Schon an dieser Schwelle treffen die Jugendlichen weitreichende Entscheidungen über ihr zukünftiges Arbeitsfeld und über spätere Erwerbs- und Teilhabechancen. Nach wie vor haben viele junge Menschen mit einem Haupt- und auch mit einem höheren Schulabschluss keinen gesicherten Zugang zu einer Berufsausbildung. Die Chance auf einen Ausbildungsplatz hängt stark von der Situation auf dem regionalen Ausbildungsmarkt ab sowie von den persönlichen Interessen und Fähigkeiten eines jeden Einzelnen.

Schon seit vielen Jahren gelingt einer großen Zahl junger Menschen der Übergang von der Schule in den Beruf entweder überhaupt nicht oder nur mit zeitlicher Verzögerung. Zwischen den allgemein-

Anfänger im Übergangssystem 2011



Quelle: Eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt 2012

Ohne Berücksichtigung von 27.121 Fällen, die in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen (mögliche Doppelzählungen) teilnehmen.

bildenden Schulen und der Berufsausbildung hat sich ein Übergangsbereich aus zahlreichen Maßnahmen der Berufsausbildungsvorbereitung etabliert, die teils von den Bundesländern und teils von der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden. Im Jahr 2011 waren rund 294.000 junge Menschen (vgl. BIBB, 2012, S. 224) in einer dieser Maßnahmen untergebracht – fast halb so viele, wie im gleichen Jahr eine Berufsausbildung begonnen haben.

Da die einzelnen Maßnahmen im Übergangsbereich nicht auf einen berufsqualifizierenden Abschluss zielen und nur in wenigen Fällen auf eine spätere Berufsausbildung angerechnet werden, hat die in solchen Maßnahmen verbrachte Zeit für junge Menschen häufig den Charakter einer demotivierenden Warteschleife. Darüber hinaus ist der Übergangsbereich mit öffentlichen Ausgaben in Milliardenhöhe verbunden.

Mythos 1: Es herrscht Azubi-Mangel

Realität: Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich in den letzten Jahren verbessert. Entscheidend dazu beigetragen hat die gute konjunkturelle Entwicklung, verbunden mit sinkenden Schulabgängerzahlen (besonders in den neuen Bundesländern). Trotzdem gibt es bundesweit immer noch deutlich mehr Interessenten für eine Berufsausbildung als Ausbildungsplätze. Viele junge Menschen absolvieren deshalb zunächst eine Maßnahme im Übergangsbereich, bevor sie irgendwann einen Ausbildungsplatz finden. In der Statistik gelten sie dann häufig als »Bewerber mit Alternative« und werden nicht zu denen gezählt, die ohne Ausbildungsplatz geblieben sind. Im Jahr 2011 betraf dies rund 65.000 Menschen.

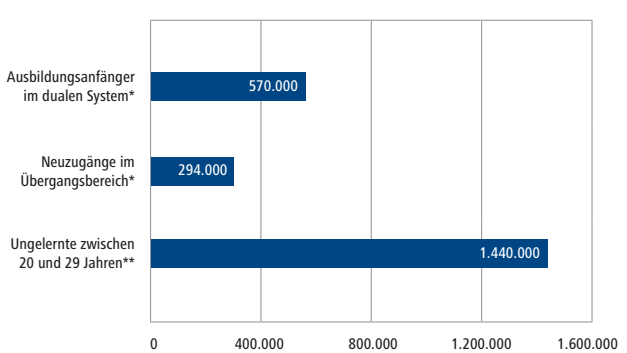
Allerdings bleiben auch weiterhin viele junge Menschen dauerhaft ohne Berufsabschluss. Die Zahl der Ungelernten in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen liegt seit 1996 nahezu unverändert bei 14,6 Prozent. Das entspricht einer absoluten Zahl von derzeit 1,44 Millionen Personen (vgl. BIBB, 2012, S. 278). Im Schnitt bleiben also nahezu 150.000 junge Menschen pro Altersjahrgang zunächst ohne Berufsausbildung.

Das Verhältnis von angebotenen Ausbildungsstellen und Ausbildungsinteressierten ist regional und branchenspezifisch sehr unterschiedlich. Die angeführten Zahlen machen aber deutlich, dass zumindest bundesweit noch nicht von einem Mangel an Auszubildenden gesprochen werden kann.

Mythos 2: Die Probleme im Übergangsbereich lösen sich durch die demographische Entwicklung von selbst

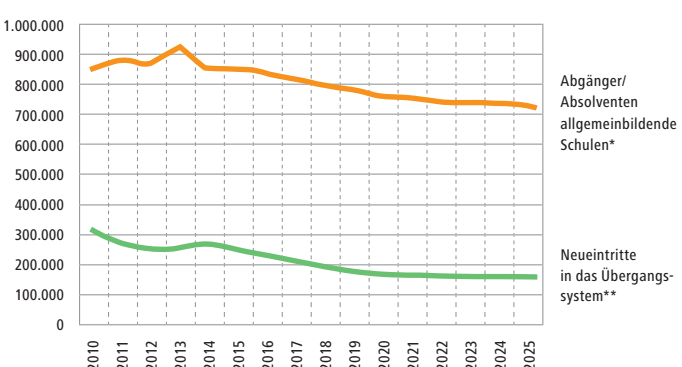
Realität: Durch den demographischen Wandel allein werden sich die Ausbildungschancen von jungen Menschen nicht verbessern. Das gilt besonders für diejenigen mit schwächeren Schulleistungen. Die Zahl der 16- bis 19-Jährigen sinkt von circa 2,7 Millionen im Jahr 2008 auf circa 2 Millionen im Jahr 2025. Das entspricht einem

Potenziale für den Ausbildungsmarkt



*Zahlen für das Jahr 2011, Quelle: Statistisches Bundesamt 2012, S. 5
**Zahl für das Jahr 2009, Quelle: BiBB 2012, S. 218

Prognose der Zahlen der Schulabgänger und Eintritte in das Übergangssystem bis 2025



*Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen durch die Kultusministerkonferenz (KMK 2011)
**Prognosedaten, daher Abweichungen von Ist-Werten 2010 und 2011. Szenario unter Annahme eines konstanten Angebots an Ausbildungsplätzen. Quelle: BiBB 2012, S. 384

Rückgang von 24,2 Prozent. Dieser Rückgang führt aber nicht dazu, dass der Übergangsbereich verschwindet. Die aktuellen Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl der jungen Menschen im Übergangsbereich in den kommenden zehn Jahren zwar weiter sinkt, dann aber abhängig von der Entwicklung des Angebots an Ausbildungsplätzen auf einem Niveau von circa 160.000 bis 200.000 verbleiben wird (BMBF, 2012, S. 34 ff.).

Offen bleibt, inwieweit Betriebe verstärkt junge Menschen mit schwächeren Schulleistungen ausbilden werden. Obwohl abzusehen ist, dass der Fachkräftebedarf zukünftig schwieriger zu decken sein wird, haben sich viele Betriebe aus der dualen Ausbildung zurückgezogen – die Ausbildungsquote sank 2010 gegenüber dem Vorjahr von 23,5 auf 22,5 Prozent (BIBB, 2012, S. 189 f.).

Mythos 3: Die Jugendlichen im Übergangsbereich sind nicht »ausbildungsreif«

Realität: Die schulischen Voraussetzungen der jungen Menschen in Maßnahmen des Übergangsbereichs sind sehr unterschiedlich. Etwa 52 Prozent von ihnen bringen einen Hauptschulabschluss mit, 26,4 Prozent einen Realschul- bzw. gleichwertigen Abschluss oder sogar eine Hochschulzugangsberechtigung. Nur 20,6 Prozent dieser jungen Menschen haben keinerlei Schulabschluss (BMBF, 2012, S. 34). Die Anteile unterscheiden sich innerhalb der verschiedenen Maßnahmetypen.

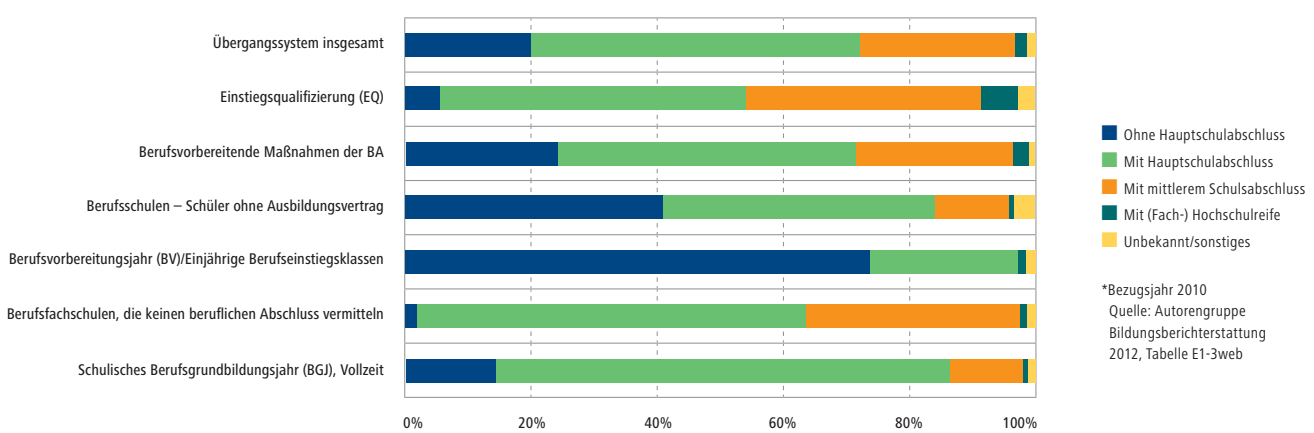
Schon allein die zum Teil hohen Schulabschlüsse der Jugendlichen im Übergangsbereich zeigen, dass mangelnde »Ausbildungsreife« nicht als pauschale Begründung für einen fehlenden Ausbildungsplatz im dualen System angeführt werden kann. Der Begriff »Ausbildungsreife« entspringt eher der politischen Auseinandersetzung um die Ausbildungsleistung der Betriebe, als dass er etwas über den zu erwartenden Ausbildungserfolg eines jungen Menschen aussagt.

In einer schweizerischen Studie zeigt sich zum Beispiel, dass fast 60 Prozent der Schulabsolventen auf der untersten PISA-Lesekompetenzstufe ohne Verzögerung in eine Berufsausbildung einsteigen und diese erfolgreich abschließen konnten (Stalder, Meyer & Hupka-Brunner, 2011, S. 208).

Fazit:

Obwohl die Zahl der jungen Menschen im Übergangsbereich vor dem Hintergrund der günstigen Arbeitsmarktentwicklung in den letzten Jahren deutlich gesunken ist, bleibt der Reformbedarf in diesem Bereich bestehen. Das deutsche System der Berufsausbildung muss daran gemessen werden, inwieweit es auf Dauer allen Schulabgängern die Chance auf einen Ausbildungsplatz gibt. 294.000 junge Menschen in Übergangsmaßnahmen und noch immer fast 150.000 pro Jahrgang, die ganz ohne Ausbildung bleiben, sind mit Blick auf die Teilhabechancen jedes Einzelnen sowie den zukünftigen Bedarf an Fachkräften nicht hinnehmbar.

Schulische Vorbildung von Teilnehmern einzelner Bildungsgänge im Übergangsbereich*



*Bezugsjahr 2010
Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, Tabelle E1-3web

Was ist zu tun?

Im Jahr 2011 wurde von der Initiative »Übergänge mit System« ein Konzept für die Neuordnung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung veröffentlicht. Die Beteiligten der Initiative haben darin die wichtigsten Handlungsfelder für Reformen identifiziert. Ziel ist es, jedem jungen Menschen die Aufnahme einer Berufsausbildung nach der Schule zu ermöglichen. »Übergänge mit System« tritt dabei für ein Zwei-Wege-System des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung ein.

Weg 1: Junge Menschen ohne oder mit lediglich punktuellem Förderbedarf sollen direkt nach der Schule eine Ausbildung beginnen können – bevorzugt im dualen System, und wo dies nicht möglich ist, in öffentlich geförderten, betriebsnahen Alternativen.

Weg 2: Junge Menschen in hohem Förderbedarf sollen in individuellen Maßnahmen gezielt auf die Ausbildung vorbereitet werden.

Die hier formulierten Vorschläge spiegeln das Reformkonzept sowie die Erfahrungen innerhalb der Initiative »Übergänge mit System« wider. Detailliertere Beschreibungen der Reformvorschläge sowie Beispiele für die Umsetzung der Vorschläge in einzelnen Bundesländern finden sich im Rahmenkonzept der Initiative »Übergänge mit System« (Bertelsmann Stiftung, 2011).

Renate Jürgens-Pieper,
Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit der Freien Hansestadt Bremen

»In einem breit angelegten Beteiligungsprozess haben wir unsere Richtlinie zur Berufsorientierung novelliert. Diese entspricht unserer bildungspolitischen Zielsetzung, durch eine verbesserte Berufsorientierung in der Schule den direkten Übergang von der Schule in die Ausbildung zu unterstützen. Denjenigen Jugendlichen, die im Vorfeld und Rahmen einer Berufsausbildung Unterstützung benötigen, wollen wir diese zur Verfügung stellen.
Der Zugang zu schulischen Bildungsgängen des Übergangssystems wird deutlich erschwert und beschränkt auf diejenigen Jugendlichen, die eine Berufsausbildung noch nicht erfolgreich absolvieren können.«

Berufsorientierung verbindlich einführen

Eine gute Berufs- und Studienorientierung ist der Grundstein für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf.
Sie sollte deshalb ab der 7. Klasse verbindlich an allen allgemeinbildenden Schulen angeboten und bis zur Aufnahme einer weiterführenden Ausbildung fortgeführt werden. Berufsorientierung schließt Potenzialanalysen zur Diagnose und zur Planung individueller Förderung ein.

Die Idee dahinter

Wenn Jugendliche Berufswahlentscheidungen treffen, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen, die auf einer realistischen Einschätzung des Wunschberufs beruhen und gute Umsetzungschancen haben, steigen die Chancen für sie, einen passenden Ausbildungsplatz zu finden. Eine gute Berufs- und Studienorientierung trägt damit zu einer Verringerung der Zugänge in den Übergangsbereich bei.

Berufsorientierung muss als umfassender Bildungsprozess verstanden werden. Sie dient nicht nur dazu, sich einmalig auf eine Ausbildungs- oder Berufsentscheidung vorzubereiten; im Idealfall trägt sie sogar dazu bei, dass junge Menschen selbst ihre Potenziale erkennen und ihre Chancen nutzen. Von einer guten Berufsorientierung profitieren sowohl die jungen Menschen selbst als auch die Ausbildungsbetriebe. Auf der einen Seite hilft sie, die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu verringern, und auf der anderen Seite können Ausbildungsstellen in weniger bekannten, aber zukunftsträchtigen Berufen leichter besetzt werden.

Umsetzung

Aus Sicht von »Übergänge mit System« zeichnet sich eine wirksame Berufsorientierung durch folgende Merkmale aus:

- Sie ist verbunden mit einer Potenzialanalyse ab dem 7. Schuljahr, auf deren Ergebnissen eine individuelle Förderung der Schüler aufbauen kann.
- Im Vordergrund steht die Entwicklung von Motivation und Kompetenz zur beruflichen Orientierung. Dann erst folgt die Vermittlung von Berufsinformationen.
- Die Berufsorientierung ist praxisnah gestaltet. Sie schließt betreute und nachbereitete Betriebspraktika sowie Kooperationen mit Akteuren aus der Wirtschaft ein.
- Die Erziehungsberechtigten der Jugendlichen werden systematisch einbezogen.
- Die Berufsorientierung ist besonders für gefährdete Jugendliche mit einer individuellen Berufseinstiegsplanung und gegebenenfalls einer Förderplanung kombiniert. Für nicht vermittelte Ausbildungsbewerber wird diese Begleitung nach der Schule fortgeführt.
- Berufsorientierung sollte auch die Studienorientierung mit einschließen.

Für Berufsorientierung existieren bisher nur wenige einheitliche Standards. Wie intensiv sie betrieben wird, hängt zumeist vom Engagement der Schule bzw. des einzelnen Lehrers ab. Berufsorientierung sollte daher in den Schulgesetzen der Länder verankert werden und möglichst einheitlichen Qualitätsstandards folgen. Alle beteiligten Akteure – dazu gehören neben den Schulen insbesondere die Arbeitsagenturen, Unternehmen und Kammern – sollten bei der Berufsorientierung koordiniert zusammenwirken, um Parallelstrukturen zu vermeiden. Da die Berufsorientierung im Wesentlichen in den Schulen stattfindet, kommt ihnen auch eine zentrale Rolle bei der Koordination der Aktivitäten der anderen Akteure zu. Dafür sollten sie entsprechend mit Mitteln und Personal ausgestattet werden. Um die Wirksamkeit der Berufsorientierung sicherzustellen, sollten die Schulen über ihr Engagement berichten und ihre Erfolge messen lassen.

Dr. Margret Ruep,
Ministerialdirektorin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

»Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, in dem Kompetenzanalyseverfahren flächendeckend an allen Schulen eingeführt wurden. Damit wird nicht nur eine gezieltere Unterstützung der Schüler am Übergang von der Schule in den Beruf ermöglicht, sondern auch eine individuellere Förderung während der Schulzeit selbst. So verbessern wir für alle Schülerinnen und Schüler im Land die Chancen auf eine berufliche Zukunft, die ihnen auch wirklich entspricht.«

Olaf Scholz,
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

»Der Hamburger Senat hat versprochen, sich um die jungen Leute zu kümmern. Und er geht neue Wege, um junge Leute beim Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen. Mit der Jugendberufsagentur haben Jugendliche und junge Erwachsene künftig eine Anlaufstelle für alle Fragen rund um Ausbildung, Beschäftigung, Unterstützungsleistungen oder Bildungsangebote in den Schulen. Schulen, Arbeitsagentur, Jobcenter sowie Jugendhilfe arbeiten zusammen. So erhalten junge Leute erstmals Hilfe aus einer Hand, um schnell und sicher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.«

Übergänge begleiten

Jedem gefährdeten Jugendlichen sollte ein Übergangsbegleiter zur Seite stehen, der ihn über die Schnittstellen hinweg von der Schule bis in die Ausbildung hinein unterstützt. Darüber hinaus sollte für die Jugendlichen auf regionaler oder kommunaler Ebene eine gemeinsame Anlaufstelle aller Institutionen eingerichtet werden, die am Übergang beteiligt sind.

Die Idee dahinter

Das Elternhaus spielt für den erfolgreichen Übergang von der Schule in die Berufsausbildung eine zentrale Rolle. Gerade bei jungen Menschen aus belasteten Familien füllt es diese aber häufig nicht aus. Insbesondere dann, wenn der Übergang – aufgrund von schwächeren Schulleistungen oder aus anderen Gründen – in Gefahr ist, sollte den betroffenen jungen Menschen ein Übergangsbegleiter zur Seite gestellt werden. Er kann sie während des gesamten Übergangsprozesses unterstützen und steht ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Über die individuelle Begleitung hinaus sollten auf regionaler oder kommunaler Ebene einheitliche institutionelle Ansprechpartner oder eine gemeinsame, institutionenübergreifende Anlaufstelle für den Übergang geschaffen werden. Sie erspart den jungen Menschen ein zeitraubendes und verwirrendes Hin und Her. Derzeit gibt es für viele Belange gleich mehrere zuständige Stellen, je nachdem, ob es um die Vermittlung in eine Ausbildung, eine Übergangsmaßnahme oder den Bezug von Leistungen nach SGB II, III oder VIII geht. An den Schnittstellen gehen – nicht zuletzt durch die wechselnden Ansprechpartner – häufig wichtige Informationen verloren.

Umsetzung

Eine einheitliche Anlaufstelle, die sich um den Übergang von der Schule in den Beruf kümmert, sollte insbesondere folgende Funktionen übernehmen:

- Sie steuert und koordiniert die Aktivitäten der verschiedenen im Übergangsbereich tätigen Akteure (zum Beispiel Schulen, Arbeitsagenturen, Jugendämter, Träger von SGB-II-, SGB-III- und SGB-VIII-Maßnahmen).
- Im Rahmen von Einzelfallentscheidungen übernimmt sie die Vermittlung gefährdeter junger Menschen entweder in eine öffentlich geförderte, betriebsnahe Ausbildung oder in eine individuell passende Ausbildungsvorbereitung.
- Sie führt die Daten über den Verbleib aller jungen Menschen eines Jahrgangs zusammen.
- Aufgrund der Daten und in Abstimmung mit den weiteren beteiligten Akteuren gibt sie Empfehlungen für die Bereitstellung öffentlich geförderter Ausbildungsplätze durch die Bundeagentur für Arbeit oder die Landesregierung ab.

Modelle zur individuellen Begleitung von Übergängen sind bereits heute vorhanden. Dazu gehören unter anderem die von der Bundesagentur für Arbeit angebotene Berufseinstiegsbegleitung und verschiedene (häufig ehrenamtliche) Mentorenprogramme. Beides sollte weiter ausgebaut werden. Die Berufseinstiegsbegleitung ist bereits als Regelleistung eingeführt. Hier gilt es in den kommenden Jahren vor allem die erforderliche Finanzierung zu sichern.

Reinhard Meyer,
Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

»Der demografische Wandel und der Fachkräftebedarf sind die entscheidenden wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Die Wirtschaft braucht Fachkräfte, und unsere jungen Menschen brauchen eine Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben in gesicherter Existenz. Wollen wir Deutschland zukunftsfest machen, ist deshalb jetzt eine gemeinsame Anstrengung aller Akteure notwendig. Jede und jeder wird gebraucht! Ein wichtiger Schritt ist, den Übergang von der Schule in den Beruf einfacher und transparenter zu gestalten. Die Vorschläge der Initiative der Bertelsmann Stiftung unterstützen dieses Ziel, das wir in Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit umsetzen wollen.«

Martin Günthner,
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Freien Hansestadt Bremen

»Mit den Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung haben sich alle für den Übergang von der Schule in den Beruf maßgeblichen Akteure auf gemeinsame Ziele und ein gemeinsames Vorgehen verständigt. Mit dieser beispielhaften Zusammenarbeit soll es gelingen, mehr junge Menschen direkt nach der Schule in die Ausbildung zu bringen.«

Duales System stärken

Die Zahl der Ausbildungsstellen muss erhöht und die Ausbildungsgänge müssen weiter flexibilisiert werden. Auch Menschen mit Förderbedarf oder schwachen Schulleistungen können durch entsprechende Unterstützung eine Ausbildung aufnehmen und erfolgreich abschließen. Die Unterstützungsmöglichkeiten dafür müssen ausgebaut werden – sowohl für die jungen Menschen selbst als auch für Ausbilder und Betriebe.

Die Idee dahinter

Oberstes Ziel der Initiative »Übergänge mit System« ist es, möglichst vielen jungen Menschen den Zugang zur dualen Berufsausbildung zu ermöglichen. Sie bietet die besten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einstieg in den Beruf. Aufgrund sinkender Absolventenzahlen stehen besonders kleinere Betriebe vor dem Problem, nicht mehr genügend geeignete Bewerber für eine Ausbildung zu gewinnen. Sie haben die Wahl, entweder jungen Menschen mit schwächeren Schulleistungen eine Chance zu geben – was möglicherweise mit einem höheren Aufwand verbunden ist – oder sich aus der Ausbildung zurückzuziehen. Um Ersteres zu fördern und Letzteres zu vermeiden, gilt es, Betriebe stärker bei der Ausbildung zu unterstützen.

Unterstützung ist in verschiedener Form möglich: Betriebe können bei der Ausbildung sozialpädagogische Begleitung und Beratung in Anspruch nehmen, oder Auszubildende bekommen Nachhilfeunterricht bei Problemen in der Berufsschule. Auf diese Weise kann Ausbildungsabbrüchen vonseiten des Betriebes oder des Auszubildenden entgegengewirkt werden. Ein Beispiel für die Unterstützung während der Ausbildung sind die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) der Bundesagentur für Arbeit. Ein anderes sind Modelle wie die assistierte Ausbildung, bei der dem ausbildenden Betrieb ein Ansprechpartner, zum Beispiel aus der Jugendberufshilfe, für Probleme während einer Ausbildung zur Verfügung steht.

Umsetzung

Um Nutzen und Wirksamkeit ausbildungsbegleitender Unterstützungsmaßnahmen zu steigern, sollten sie wie folgt erweitert werden:

- Die Sichtbarkeit dieser Maßnahmen sollte gegenüber den Unternehmen gesteigert werden – auch gegenüber den derzeit nicht ausbildenden Betrieben.
- Die Unterstützung sollte stärker präventiv ausgerichtet sein. Der Bedarf muss frühzeitig identifiziert werden und nicht erst dann, wenn ein Ausbildungsabbruch nicht mehr zu verhindern ist.
- Auch für die betriebliche Seite sollten die Förder- und Unterstützungsangebote durch die zuständigen Stellen erweitert werden, zum Beispiel in Form sozialpädagogischer Beratung, wenn Konflikte mit Auszubildenden entstehen, oder durch gezielte Vorbereitung von Ausbildern, Fach- und Führungskräften auf den Umgang mit schwierigen Auszubildenden.

Guntram Schneider,
Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

»Die Ausbildung von Jugendlichen wird immer mehr zu einem wesentlichen Standortfaktor, wenn es um die Frage des Fachkräftebedarfs in nordrhein-westfälischen Unternehmen geht. 2020 könnten in NRW 600.000 Fachkräfte fehlen, wenn wir nichts tun. Das Land kann es sich daher gar nicht leisten, junge Menschen nicht auszubilden. Auch deshalb haben wir in diesem Schuljahr in sieben Referenzkommunen mit einem neuen Übergangssystem von der Schule in den Beruf gestartet. Jugendliche sollen ab der 8. Klasse systematisch mit der Berufswelt in Berührung kommen. Durch eine stärkere Berufsorientierung im Unterricht, durch gezielte Praktika in Betrieben, durch eine systematische Vor- und Nachbereitung der praktischen Erfahrungen. Jetzt kommt es auch auf die Betriebe an, Praktikumsplätze in ausreichender Zahl und mit guter Qualität bereitzustellen.«

Raimund Becker,
Vorstand Arbeitslosenversicherung der Bundesagentur für Arbeit

»Das Risiko, arbeitslos zu werden, liegt bei Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung etwa dreimal so hoch wie bei Menschen mit Berufsabschluss. Wenn wir heute in die Berufsausbildung junger Menschen investieren, beugen wir einerseits der Arbeitslosigkeit von morgen vor und andererseits leisten wir einen aktiven Beitrag zur Fachkräftesicherung.«

Betriebsnahe Ausbildungsmöglichkeiten schaffen

Für junge Menschen ohne Ausbildungsplatz einschließlich derer mit punktuellem Förderbedarf sollten öffentlich geförderte, betriebsnahe Ausbildungsplätze (vollzeitschulisch oder außerbetrieblich) in öffentlicher Verantwortung zur Verfügung stehen. Die Ausbildungsmöglichkeiten sollten dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechen und dürfen betriebliche Ausbildungsplätze nicht verdrängen.

Die Idee dahinter

Viele junge Menschen befinden sich nur deshalb in Maßnahmen des Übergangsbereichs oder bleiben ohne Ausbildung, weil das Angebot an Ausbildungsplätzen nicht ausreicht. Damit wirklich jeder junge Mensch ohne Umwege die Chance auf eine Berufsausbildung bekommt, sollten öffentlich geförderte, betriebsnahe Ausbildungsplätze eingerichtet werden. Sie können als Puffer die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt schließen. Je nach Region und Branche lässt sich so auch einem absehbaren Engpass an Fachkräften begegnen.

Öffentlich geförderte, betriebsnahe Ausbildungsplätze sollen aus Sicht von »Übergänge mit System« vor allem zwei Gruppen von Jugendlichen angeboten werden: zum einen den Schulabsolventen, die aufgrund der Ausbildungsmarktsituation keinen Platz finden, die aber die nötigen Fähigkeiten für eine Ausbildung mitbringen (sogenannte Marktbenachteiligte). Zum anderen denen, die trotz eines punktuellen Förderbedarfs die Bereitschaft und Voraussetzungen dafür mitbringen, eine Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren – auch wenn sie dafür zusätzliche Unterstützung und eventuell eine längere Ausbildungszeit benötigen.

Durch öffentlich geförderte, betriebsnahe Ausbildung dürfen keine regulären Ausbildungsplätze verdrängt werden. Es gilt das Prinzip: Die duale Ausbildung hat Vorrang! Die Vergütung sowohl der Jugendlichen als auch der Anbieter der betriebsnahen Ausbildung muss so gestaltet sein, dass ein Übergang in die duale Ausbildung für beide Seiten lohnend ist. Auch Unterstützungsangebote während der Ausbildung sollten vorrangig zu einer betriebsnahen Ausbildung eingesetzt werden. Es sollte nur dann auf öffentlich geförderte Ausbildung zurückgegriffen werden, wenn trotz begleitender Ausbildungsunterstützung nicht ausreichend duale Ausbildungsplätze verfügbar sind.

Umsetzung

Betriebsnahe Ausbildung kann an unterschiedlichen Lernorten erfolgen (Schule, außer- und überbetriebliche Träger, Betrieb). Unabhängig von der konkreten Form sind dabei aus Sicht von »Übergänge mit System« folgende Merkmale entscheidend:

- Die Ausbildung erfolgt entsprechend den Ordnungsgrundlagen eines anerkannten Ausbildungsberufs nach Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung (BBiG/HwO).
- Die Ausbildung schließt mit der Prüfung vor der zuständigen Stelle ab.
- Eine betriebliche Ausbildung wird möglichst authentisch widergespiegelt, zum Beispiel durch ganztägige Ausbildung, Vorgesetzte, geforderte Disziplin und herausfordernde Aufgaben im betrieblichen Wertschöpfungsprozess. Betriebliche Ausbildungsphasen sind in die Ausbildung integriert.
- Bei punktuellem Förderbedarf werden angemessene Formen der Individualisierung im Ausbildungsverlauf umgesetzt.
- Der Übergang in die duale Ausbildung wird angestrebt und proaktiv gefördert. Bei einem solchen Übergang sollten die bis dahin erbrachten Ausbildungsleistungen angerechnet werden und zu einer Verkürzung der Ausbildungszeit führen.

Um den Übergang in eine duale Ausbildung zu erleichtern, sollte die betriebsnahe Ausbildung in eine überschaubare Anzahl von Ausbildungsbausteinen gegliedert sein, die nach dem Erwerb der jeweiligen Kompetenzen zertifiziert werden. Auf diese Weise lassen sich bereits erworbene Kompetenzen bei einem Wechsel in die duale Ausbildung leichter anrechnen. Beispiele für die Umsetzung von Ausbildungsbausteinen sind der sogenannte »3. Weg der Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen« oder Ausbildungen im Rahmen des Programms »Jobstarter Connect« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Sylvia Löhrmann,
Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen

»Für zu viele junge Menschen ohne Ausbildungsplatz bleiben Angebote der Berufsvorbereitung derzeit die einzige Möglichkeit. Sie werden oft zur ‚Warteschleife‘, in der sie keine beruflichen Perspektiven entwickeln können. Um das zu ändern, werden wir mit ergänzenden Ausbildungsangeboten Alternativen bieten. Die Ausbildungsvorbereitung werden wir durch die Umsetzung von Qualifizierungsbausteinen anschlussfähiger an die duale Ausbildung gestalten.«

Brunhild Kurth,
Sächsische Staatsministerin für Kultus

»Die Initiative ‚Übergänge mit System' bietet ein wichtiges Forum für den länder- und ressortübergreifenden Austausch zu Reformen des Übergangssystems zwischen Schule und Berufsausbildung. Trotz der sehr unterschiedlichen Problemlagen und Ausgangsbedingungen der beteiligten Bundesländer ist es gelungen, sich auf gemeinsame Ziele zu einigen, diese zu veröffentlichen und bei der Umsetzung von Reformen voneinander zu lernen.«

Ausbildungsvorbereitung individualisieren

Junge Menschen mit hohem Förderbedarf sollen mithilfe individualisierter Maßnahmen auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Die Zahl dieser »Übergangsmaßnahmen« sollte im Vergleich zu heute deutlich reduziert werden.

Allen, die eine Ausbildungsvorbereitung erfolgreich abschließen, wird eine abschlussorientierte Berufsausbildung zugesichert – entweder in dualer Form oder in Form öffentlich geförderter, betriebsnaher Alternativen.

Die Idee dahinter

Zwar vermitteln auch heute schon viele der Maßnahmen im Übergangsbereich mit unterschiedlichem Erfolg berufsvorbereitende, individuelle Kompetenzen zur Aufnahme einer Ausbildung. Jedoch werden Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung dabei nicht klar unterschieden – mit dem Nachteil einer großen Unübersichtlichkeit der Maßnahmenziele und -inhalte sowie der Zielgruppen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen sollten auf die jungen Menschen beschränkt werden, denen aufgrund stark ausgeprägter kognitiver und/oder sozialer Schwierigkeiten die Aufnahme einer Berufsausbildung noch nicht möglich ist.

Umsetzung

Aufgrund der oft schwierigen Ausgangslagen der betroffenen Jugendlichen können diese es nur dann in eine Berufsausbildung schaffen, wenn sie ebenso intensiv wie professionell unterstützt und begleitet werden. Die jungen Menschen bedürfen in vielen Fällen einer biografisch orientierten individuellen Förderung. Das Ziel einer Ausbildungsvorbereitung ist die Aufnahme einer abschlussorientierten Berufsausbildung. Eine verfügbare und mit den jeweiligen Kompetenzen der Jugendlichen erreichbare duale Ausbildung hat daher Vorrang. Deshalb sollte auch während der Ausbildungsvorbereitung ein entsprechender Wechsel jederzeit möglich sein und unterstützt werden. Für Jugendliche ohne Schulabschluss kann die Ausbildungsvorbereitung die Möglichkeit mit einschließen, einen Hauptschulabschluss zu erwerben, wenn sich dadurch die Chancen für die Aufnahme einer dualen Ausbildung erhöhen.

Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung zeichnen sich nach »Übergänge mit System« durch folgende Kernmerkmale aus:

- Die Maßnahmen adressieren gezielt die spezifischen Schwierigkeiten der Teilnehmenden; entsprechend sind sie sowohl inhaltlich als auch zeitlich flexibel und individuell zu gestalten.
- Die Maßnahmen sind dual ausgerichtet: Sie enthalten auch Praxisphasen in Betrieben.
- Die Jugendlichen werden – auch während laufender Maßnahmen – frühestmöglich in die betriebliche oder betriebsnahe Ausbildung integriert.
- Den Jugendlichen wird zugesichert, dass sie unmittelbar nach einer erfolgreichen Ausbildungsvorbereitung eine Berufsausbildung aufnehmen können – idealerweise im Rahmen des dualen Systems, alternativ in Form einer betriebsnahen Ausbildung.

Prof. Dr. Waltraud ‚Wara' Wende,
Ministerin für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein

»Übergänge sind die neuralgischen Punkte in unserem Bildungssystem, an denen wir die Verzahnungen weiter ausbauen müssen. Ein wesentliches Element dabei ist die schulische Berufsorientierung. Aber auch die Kooperation der allgemeinbildenden Schulen mit dem berufsbildenden Bereich bietet noch viele Potenziale. Geplant ist außerdem, die bestehenden berufsvorbereitenden Maßnahmen zu praktischen Qualifizierungen auszubauen, die auf eine folgende Berufsausbildung angerechnet werden können.«

Sind die Reformen finanzierbar?

In einer im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellten Studie (Klemm, 2012) hat der Bildungsforscher Klaus Klemm berechnet, wie hoch die öffentlichen Ausgaben wären, wenn die von der Initiative »Übergänge mit System« vorgeschlagenen Reformen im Übergangsbereich bundesweit umgesetzt würden. Konkret wurde die Umsetzung einer Ausbildungsgarantie berechnet, das heißt die Versorgung aller jungen Menschen im Übergangsbereich mit öffentlich finanzierten Ausbildungsplätzen. Für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf wurde zusätzlich eine einjährige Berufsvorbereitung eingeplant. Das betrifft fast die Hälfte derjenigen, die in den Übergangsbereich eintreten. Für 10 Prozent derer, die direkt eine öffentlich finanzierte Ausbildung aufnehmen, wurde außerdem eine ausbildungsbegleitende Unterstützung mit einkalkuliert.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine deutschlandweite Einführung der beschriebenen Reformen öffentliche Ausgaben erfordert, die um rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr höher liegen als im bestehenden System. Diesen Aufwendungen stehen bis zu 150.000 junge Menschen gegenüber, die nach Umsetzung der Reformen jedes Jahr zusätzlich eine Ausbildung absolvieren könnten.

Die erforderlichen öffentlichen Mehrausgaben sind eine sinnvolle Investition. Mehrausgaben für den Aufbau öffentlich geförderter Ausbildungsplätze oder für die Unterstützungsleistungen für Betriebe und Auszubildende fallen vor allem in den Haushalten der Länder und der Bundesagentur für Arbeit an. Sie tragen auch im bisherigen Übergangssystem den größten Teil der Kosten.

Die Arbeitslosigkeit bei Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist etwa dreimal höher als bei Menschen mit Berufsausbildung. Damit verbunden sind hohe gesellschaftliche Folgekosten. Allein für Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gibt die Bundesagentur für Arbeit zum Beispiel über 5 Milliarden Euro im Jahr aus. Mit höheren öffentlichen Ausgaben für eine Ausbildungsgarantie wird somit auch in die Prävention von Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen gesellschaftlichen Folgen – von denen die finanziellen nur einen Teil ausmachen – investiert.

Fazit

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt wird sich in den kommenden Jahren stark wandeln. Die Zahl der Schulabgänger sinkt, während das Interesse an der Aufnahme eines Hochschulstudiums weiter zunimmt. Dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften mit beruflichem Abschluss steht daher eine sinkende Zahl an jungen Menschen gegenüber, die sich für eine Berufsausbildung interessieren. Schon allein mit Blick auf den zukünftigen Fachkräftebedarf können wir es uns nicht mehr leisten, jungen Menschen bei der Aufnahme einer Berufsausbildung Steine in den Weg zu legen oder sie ganz ohne Ausbildung zu lassen.

Die von der Initiative »Übergänge mit System« vorgeschlagenen Reformen sind sowohl aus der Sicht der betroffenen jungen Menschen als auch aus einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive notwendig. Die wirtschaftliche Notwendigkeit der Ausbildung von Fachkräften verbindet sich mit der Förderung der Bildungs- und Teilhabechancen besonders derjenigen jungen Menschen, deren Bildungsbiografie bereits im Laufe der Schulzeit erste Brüche erfahren hat und die Gefahr laufen, keinen Einstieg in eine Berufsausbildung und damit später in eine qualifizierte Beschäftigung zu finden. Die Ungleichheit von Bildungschancen wird vornehmlich auf der Ebene der vorschulischen und schulischen Bildung diskutiert. Die Rolle der beruflichen Bildung wird dabei in der Regel vernachlässigt.

Die berufliche Bildung steht zunehmend in der Pflicht, Angebote für junge Menschen zu machen, die nicht dem klassischen Bild von Ausbildungsbewerbern (vor allem Schulabsolventen mit Hauptschul- oder mittlerem Schulabschluss) entsprechen. Dazu gehören: Menschen mit Migrationshintergrund, denen die Berufsausbildung bisher oft verschlossen blieb; Menschen mit Behinderungen, die dem Inklusionsgedanken folgend bessere Zugänge im Regelausbildungssystem erhalten sollen; Menschen ohne Schulabschluss, für die individuelle Unterstützungsleistungen insbesondere in der Berufsschule nötig sind; und nicht zuletzt junge Menschen mit Abitur, für die die duale Ausbildung eine Alternative oder eine Vorstufe zu einem Studium sein kann.

Die Lehre aus drei Jahren Arbeit der Initiative »Übergänge mit System« lautet: Wir müssen umdenken. Es wird künftig nicht mehr nur darum gehen, den Jugendlichen für das Ausbildungssystem fit zu machen. Vielmehr muss die Ausbildung so gestaltet werden, dass sie den unterschiedlichen Ausgangslagen der Jugendlichen gerecht wird und wirklich jeder die Chance bekommt, einen Berufsabschluss zu erlangen. In der praktischen Umsetzung würde dies bedeuten, dass Ausbildungsberufe in unterschiedlicher Dauer erlernt werden können, dass Auszubildende in den Betrieben sowie in der Berufsschule stärker individuell gefördert und begleitet werden oder dass der Wechsel zwischen verschiedenen Ausbildungsgängen und -formen durch Zertifizierung und Anerkennung von Qualifikationen einfacher als derzeit möglich ist. Dann hätte jeder Jugendliche eine realistische Chance auf Ausbildung, und auch der Aufstieg in höhere Bildungsformen würde erleichtert.

Die Initiative »Übergänge mit System«

Zielsetzung und Arbeitsweise

»Übergänge mit System« wurde im Jahr 2009 von der Bertelsmann Stiftung ins Leben gerufen. Die Initiative will keine neuen Maßnahmen für den Übergang von der Schule in den Beruf entwickeln und den viel kritisierten Maßnahmendschungel noch erweitern. Vielmehr geht es darum, sich auf der Basis vielfältiger Erfahrungen der beteiligten Akteure auf eine Systematisierung des Übergangs zu verständigen und diese auch bildungspolitisch umzusetzen. Mittlerweile beteiligen sich 16 Ministerien aus neun Bundesländern sowie die Bundesagentur für Arbeit an der Initiative.

Das Konzept von »Übergänge mit System« (Bertelsmann Stiftung, 2011) hat sich zu einem wichtigen Bezugspunkt in der bundesweiten Debatte über die Gestaltung des Übergangssektors entwickelt. Das Konzept bildet sowohl in der wissenschaftlichen Fachdiskussion als auch im politischen Diskurs eine Referenz zur kritischen Analyse und zur Formulierung politischer Positionen.

Die Kooperationspartner

Baden-Württemberg

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, *Herr Klaus Lorenz*
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, *Frau Rose Köpf-Schuler*

Berlin

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, *Frau Dagmar Kuhlich*
Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, *Herr Uwe Schulz-Hofen*

Brandenburg

Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, *Frau Ute Tenkhof*
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, *Frau Petra Knobloch*

Bremen

Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, *Herr Reinhard Platter / Frau Petra Jendrich*
Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, *Frau Gabriele Zaremba*

Hamburg

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB), *Herr Rainer Schulz*

Hessen

Hessisches Kultusministerium, *Herr Klaus Beier*

Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, *Frau Ingrid Schleimer*
Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, *Herr Richard Stigulinszky*

Freistaat Sachsen

Sächsisches Staatsministerium
für Kultus, *Herr André Döring*
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr, *Herr Uwe Bartoschek*

Schleswig-Holstein

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
und Technologie des Landes Schleswig-
Holstein, *Herr Volker Kruse*
Ministerium für Bildung und Wissenschaft des
Landes Schleswig-Holstein, *Herr Ulrich Krause*

Bundesagentur für Arbeit

Herr Christian Rauch

Wissenschaftliche Begleitung

Prof. Dr. Dieter Euler, Institut für Wirtschaftspädagogik
der Universität St. Gallen
Prof. Dr. Eckart Severing, Forschungsinstitut
Betriebliche Bildung (f-bb) in Nürnberg

Danksagung

Unser besonderer Dank gilt den als Ansprechpartnern genannten Personen, mit denen die Inhalte der vorliegenden Broschüre gemeinsam entwickelt wurden. Trotz unserer Bemühungen, allen Beteiligten gerecht zu werden, ist nicht davon auszugehen, dass an jeder Stelle jeder Teilaspekt auch von allen Beteiligten getragen wird. Die inhaltliche Verantwortung liegt allein bei der Bertelsmann Stiftung.

Programm »Lernen fürs Leben«, Bertelsmann Stiftung

Director: Frank Frick

Team »Übergänge mit System«

Projektleitung: Clemens Wieland
Projektmanagement: Aline Hohbein, Lars Thies
Sekretariat: Claudia Krinke, Sigrid Tzyschakoff

Quellen

Autorengruppe Bildungsberichterstattung.
Bildung in Deutschland 2012. Bielefeld 2012.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Übergänge mit System.
Rahmenkonzept für eine Neuordnung des Übergangs
von der Schule in den Beruf. Gütersloh 2011.

BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.).
Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012.
Bonn 2012.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.).
Berufsbildungsbericht 2012. Bonn/Berlin 2012.

Klemm, Klaus. Was kostet eine Ausbildungsgarantie
in Deutschland? Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2012.

KMK – Kultusministerkonferenz. Vorausberechnung der
Schüler- und Absolventenzahlen 2010 - 2025. Berlin 2011.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.). Jugend 2010.
Frankfurt 2010.

Stalder, B.E., Meyer, T. & Hupka-Brunner, S.
Leistungsschwach – bildungsarm? Ergebnisse der
TREE-Studie zu den PISA-Kompetenzen als Prädiktoren
für Bildungschancen in der Sekundarstufe II.
In M.M. Bergman u.a. (Hrsg.): Transitionen im
Jugendalter: Ergebnisse der Schweizer Längsschnittstudie
TREE (S. 201-216). Zürich 2011.

Statistisches Bundesamt. Schnellmeldung Integrierte
Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im
Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern.
Wiesbaden 2012.

Summary

For many years now, a large number of young people in Germany have either failed completely to make the transition from school to work or they have done so only after a long delay. A transitional world made up of numerous programs aimed at preparing young adults for vocational training has emerged between secondary schools and vocational training. In 2011, about 294,000 young adults were placed in one of these programs. About 150,000 people in each cohort are permanently left without vocational qualification.

Wanting to address this situation, the Bertelsmann Stiftung established the Systematic School-to-Work Transitions initiative in 2009, which now involves 16 ministries in nine German federal states and the German Federal Employment Agency. The aim of the initiative is to give every young person in Germany the opportunity to take up vocational training. To make this goal a reality, the initiative considers the following steps necessary:

Making career orientation mandatory

Proper career orientation is the cornerstone of a successful transition from school to work. It should therefore be offered by all secondary schools as a mandatory program starting from the 7th grade and continuing through to the start of further training.

Supporting transitions

Every at-risk youth should be accompanied by a transitional supervisor to provide support on each step of the way from school through to training. In addition, a central contact point of all the institutions involved in this transition should be set up for young people at regional or local levels.

Reinforcing the dual-track system

The number of training positions needs to be increased, and the training courses should be made even more flexible. People with special learning needs or who perform poorly at school should also be able to take up and complete vocational training with the appropriate help. The support options need to be expanded – for young people themselves, as well as for trainers and companies.

Creating additional training possibilities

Publicly funded, practical training positions should be made available to young people who were not able to find a training position in the dual (school/training) system. Training options should correspond to the needs of the labor market and should not come at the expense of unsubsidized training positions in the established dual system.

Tailoring training preparation to individuals

Young people in need of extra support should be prepared for vocational training with the help of tailored programs. There need to be far fewer of these school-to-work programs than there are today. Everyone who successfully completes a vocational training preparatory program should be guaranteed vocational training leading to certified qualification.

In the years ahead, the vocational training system in Germany will face the challenge of responding to demographic change and a growing demand for a skilled and professionally qualified labor force. Training therefore needs to be made more flexible in order to better respond to the variety of backgrounds and abilities found among young people. Even those who currently have to do without training should be provided the opportunity to obtain vocational certification.

Impressum

© 2012 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Gestaltung:
SCHMITZ WG
Corporate Communication GmbH

Fotos:
Lisa Notzke, Arne Weychard, Thomas Kunsch

Druck:
Druck.haus rihn

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Tel.: +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-681999

Frank Frick
Director Programm Lernen fürs Leben
Tel. +49 5241 81-81253
frank.frick@bertelsmann-stiftung.de

Clemens Wieland
Projektleiter Übergänge mit System
Tel. +49 5241 81-81352
clemens.wieland@bertelsmann-stiftung.de